

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifenband im Draht- und Eisenband 1.80 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustration des Sonntagsheftes „Woll und Seil“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Rätsel“, „Aus der Heimat“, „Stadtheft“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Lohn“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kampfbegleitung des Pfennig. Beilage Nr. 1. Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Pfennig. Beilage Nr. 2. Reichsmark. Beilage Nr. 3. Reichsmark. Beilage Nr. 4. Reichsmark. Beilage Nr. 5. Reichsmark. Beilage Nr. 6. Reichsmark. Beilage Nr. 7. Reichsmark. Beilage Nr. 8. Reichsmark. Beilage Nr. 9. Reichsmark. Beilage Nr. 10. Reichsmark. Beilage Nr. 11. Reichsmark. Beilage Nr. 12. Reichsmark. Beilage Nr. 13. Reichsmark. Beilage Nr. 14. Reichsmark. Beilage Nr. 15. Reichsmark. Beilage Nr. 16. Reichsmark. Beilage Nr. 17. Reichsmark. Beilage Nr. 18. Reichsmark. Beilage Nr. 19. Reichsmark. Beilage Nr. 20. Reichsmark. Beilage Nr. 21. Reichsmark. Beilage Nr. 22. Reichsmark. Beilage Nr. 23. Reichsmark. Beilage Nr. 24. Reichsmark. Beilage Nr. 25. Reichsmark. Beilage Nr. 26. Reichsmark. Beilage Nr. 27. Reichsmark. Beilage Nr. 28. Reichsmark. Beilage Nr. 29. Reichsmark. Beilage Nr. 30. Reichsmark. Beilage Nr. 31. Reichsmark. Beilage Nr. 32. Reichsmark. Beilage Nr. 33. Reichsmark. Beilage Nr. 34. Reichsmark. Beilage Nr. 35. Reichsmark. Beilage Nr. 36. Reichsmark. Beilage Nr. 37. Reichsmark. Beilage Nr. 38. Reichsmark. Beilage Nr. 39. Reichsmark. Beilage Nr. 40. Reichsmark. Beilage Nr. 41. Reichsmark. Beilage Nr. 42. Reichsmark. Beilage Nr. 43. Reichsmark. Beilage Nr. 44. Reichsmark. Beilage Nr. 45. Reichsmark. Beilage Nr. 46. Reichsmark. Beilage Nr. 47. Reichsmark. Beilage Nr. 48. Reichsmark. Beilage Nr. 49. Reichsmark. Beilage Nr. 50. Reichsmark. Beilage Nr. 51. Reichsmark. Beilage Nr. 52. Reichsmark. Beilage Nr. 53. Reichsmark. Beilage Nr. 54. Reichsmark. Beilage Nr. 55. Reichsmark. Beilage Nr. 56. Reichsmark. Beilage Nr. 57. Reichsmark. Beilage Nr. 58. Reichsmark. Beilage Nr. 59. Reichsmark. Beilage Nr. 60. Reichsmark. Beilage Nr. 61. Reichsmark. Beilage Nr. 62. Reichsmark. Beilage Nr. 63. Reichsmark. Beilage Nr. 64. Reichsmark. Beilage Nr. 65. Reichsmark. Beilage Nr. 66. Reichsmark. Beilage Nr. 67. Reichsmark. Beilage Nr. 68. Reichsmark. Beilage Nr. 69. Reichsmark. Beilage Nr. 70. Reichsmark. Beilage Nr. 71. Reichsmark. Beilage Nr. 72. Reichsmark. Beilage Nr. 73. Reichsmark. Beilage Nr. 74. Reichsmark. Beilage Nr. 75. Reichsmark. Beilage Nr. 76. Reichsmark. Beilage Nr. 77. Reichsmark. Beilage Nr. 78. Reichsmark. Beilage Nr. 79. Reichsmark. Beilage Nr. 80. Reichsmark. Beilage Nr. 81. Reichsmark. Beilage Nr. 82. Reichsmark. Beilage Nr. 83. Reichsmark. Beilage Nr. 84. Reichsmark. Beilage Nr. 85. Reichsmark. Beilage Nr. 86. Reichsmark. Beilage Nr. 87. Reichsmark. Beilage Nr. 88. Reichsmark. Beilage Nr. 89. Reichsmark. Beilage Nr. 90. Reichsmark. Beilage Nr. 91. Reichsmark. Beilage Nr. 92. Reichsmark. Beilage Nr. 93. Reichsmark. Beilage Nr. 94. Reichsmark. Beilage Nr. 95. Reichsmark. Beilage Nr. 96. Reichsmark. Beilage Nr. 97. Reichsmark. Beilage Nr. 98. Reichsmark. Beilage Nr. 99. Reichsmark. Beilage Nr. 100. Reichsmark.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verlagsleiter: Ebnhoff 293-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.
Postcheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Verhandlungen in Essen gescheitert!

Gewerkschaftsprotest gegen Scharfmacherprovokation. — Morgen Schlichtungsverhandlungen.

Essen, 7. Dezember. (Eigenbericht.)

Heute vormitag 9 Uhr begannen in Essen die letzten direkten Verhandlungen zwischen den Parteien der Schwerindustrie des Ruhrgebiets über den Lohnausgleich bei der Umstellung der Walz- und Hüttenwerke vom Zwei- zum Dreischichtensystem. Den Verhandlungen wohnte als Zuhörer der Schlichter für Rheinland-Westfalen, Dr. Jötten, bei, der vom Reichsarbeitsminister beauftragt ist, die Parteien sofort zu Schlichtungsverhandlungen zu laden, falls die direkten Verhandlungen scheitern sollten. Zu Beginn der Verhandlungen gab der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Wolf, im Namen der Vertreter der freien Gewerkschaften folgende Erklärung ab:

„Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärt für die beteiligten freien Gewerkschaften, daß die Stilllegungsanzeige des Arbeitgeberverbandes der Nordwestlichen Gruppe eine starke Provokation der gesamten Arbeiterschaft darstellt und als unzulässiges Druckmittel auf Arbeitnehmerseite und auf die Öffentlichkeit angesehen werden muß. Der Deutsche Metallarbeiterverband erklärt weiter, daß ihn diese Maßnahme des Arbeitgeberverbandes von seiner bisherigen Haltung nicht abbringen kann, und wenn seine Vertreter an den heutigen Verhandlungen trotzdem teilnehmen, so nur deshalb, weil es ihnen ernst ist mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder.“

Die Gewerkschaften trugen ihre bisherigen Forderungen vor, von denen sie unter keinen Umständen abgehen wollen. Eine einheitliche Forderung ist von den Gewerkschaften nicht gestellt worden; jede einzelne vertritt ihren Standpunkt.

Daraufhin trugen die Unternehmer ihre Ansicht vor. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen. Die Verhandlungen sind insolgedessen ergebnislos verlaufen.

Kunmehr werden morgen neue Verhandlungen vor dem Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Jötten, stattfinden, der zu Verhandlungen einladen wird.

Verhandlungen über die Stilllegung für die Vereinigten Stahlwerke und die Drahtindustrie.

Hagen, 7. Dezember.

Auf die Anzeige der Betriebsstilllegung zum 31. Dezember haben die Metallarbeiterverbände in Hamm von der Regierung in Arnberg die Nachricht erhalten, daß für die westfälische Drahtindustrie und die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Westfälische Union, am Freitag, dem 9. dieses Monats, Stilllegungsverhandlungen stattfinden. Die beiden Werke hatten sich dem Vorgehen der Großindustrie angeschlossen. Ein Schlichtungsverfahren vor einem unparteiischen Schlichter hatte noch nicht stattgefunden.

Angst vor der Verantwortung.

Werkwürdig ist das Spiel, das die Schwerindustrie treibt, um die Verantwortung für den Anschlag der Unternehmer auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

In den nächsten Tagen beginnen in Düsseldorf unter Vorsitz des Schlichters Dr. Jötten die Schlichtungsverhandlungen im Konflikt der Eisenindustrie. Es bedeutet eine bewußte Sabotage der sachlichen Erledigung des Streites, wenn die Sozialdemokratie jetzt eine politische Debatte im Reichstag über diese Frage herbeiführen will. Dieser Eingriff in ein schwebendes Schlichtungsverfahren würde zur Folge haben, daß die politischen Streitmomente sich auf die Verhandlungen in Düsseldorf übertragen und eine Annäherung erschweren, vielleicht unmöglich machen. Die Verantwortung für diese Gefahr fällt auf die Sozialdemokratie.

fehlt nur noch, daß die Schwerindustriellen behaupten, die Sozialdemokratie sei die Bestzerin der Eisenhütten und sie habe die Stilllegung angeordnet.

Den Eingriff in das schwebende Schlichtungsverfahren hat die Schwerindustrie und niemand anders begangen. Sie hat mit ihrer Stilllegungsdrohung ein Gesetz zu zerschlagen und die Einigungs- und Schlichtungsverhandlungen mit dem be-

rühmten Griff an die Gurgel des Staates zu ihrem Vorteil zu beeinflussen versucht.

Das Manöver scheint allerdings schon jetzt den Eisenindustriellen schlecht zu bekommen. Sonst wären derartig verzweifelte Verdrehungsversuche einfach unmöglich.

Die SPD. für die Scharfmacher.

Wo etwas los ist, da muß natürlich die SPD. ganz vorne ran sein. Sie läßt heute in der „Rote Fahne“ proklamieren, die Arbeiterschaft sollte auf die Stilllegung der Eisenindustrie mit dem Streik antworten.

Verbüßt sich jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter an den Kopf. Er weiß nämlich, daß die Streikdrohung nur einen Zweck hat, wenn die Unternehmer an der Produktion ein Interesse haben. Wie man aber eine stillgelegte Industrie bestreiken soll, das ist einigermassen rätselhaft.

Schließlich merkt das auch ein Volkswirt. Und daher will die „Rote Fahne“ nicht nur das Eisen, sondern gleich die Kohle, die Bahn und den Transport bestreiken, um schließlich den Generalstreik herbeizuführen.

Die Schwäche der Eisenunternehmer ist es, daß sie wegen ihres brutalen Auftretens und wegen ihrer offenen Rebellion gegen die Staatsgewalt den Widerspruch der gesamten organi-

sierten Arbeiterschaft und die Mißbilligung großer Teile des Bürgertums herausbekommen haben. Diese Schwäche der Unternehmer ist die Stärke der kämpfenden Arbeiterschaft.

Die SPD. aber will mit ihrer abgedroschenen Generallösungsparole die eigene Partei stärken und des Unternehmertum ermuntern, den Staatsapparat, der jetzt gegen die Industriellen steht, gegen die Arbeiterschaft in Bewegung zu setzen. Das ist echt Rostowitzer System. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich dafür bedanken, getreu solchen Ratschlägen ihre eigene Stellung zu schwächen — zur großen Ehre der Rostauer Drahtzieher, die noch nicht einmal die Anfangsgründe gewerkschaftlichen Kampfes in einem hochindustrialisierten Volk begriffen haben.

Besorgnisse des westdeutschen Handwerks.

Barmen, 7. Dezember.

Führende Persönlichkeiten des westdeutschen Handwerks haben sich unter dem Vorsitz der Düsseldorf Handwerkskammer mit dem Konflikt in der Großindustrie beschäftigt. Der Geschäftsführer der Düsseldorf Handwerkskammer, Dr. Peters, erklärte, daß die in der Eisen- und Kohlenindustrie bestehende Spannung wegen der ungeheuren Folgen unter keinen Umständen zu einer Entladung führen dürfe. Die deutsche Wirtschaft würde diese Erschütterung nicht ertragen können.

Minister Becker gegen Reudell.

Der Studenten-Unfug vor dem Landtag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung stand die deutschnationale Interpellation über das Studentenrecht.

Abg. Döry (Dnat.) weist einleitend darauf hin, daß die Rede, die der Minister Becker heute halten werde, aus Versehen bereits vorgelesen im „8-Uhr-Abendblatt“ gesunken hätte. (Große Heiterkeit rechts.) Der Ausfall der Abstimmung habe dem Kultusminister gezeigt, daß er die Imponderabilien des studentischen Empfindens nicht richtig gewürdigt hätte. Die Studentenschaft sei der beste Hort deutscher Kultur gegen die Schlämmlut des Materialismus. (Lachen links.) Die Studentenschaft habe nichts weiter verlangt, als eine Sicherung gegen die Ueberstimmung durch völkische Elemente. Ohne die völkische Frage war die deutsche Frage nicht zu lösen. Jetzt raube die Regierung den Studenten ihre Selbstverwaltung und kehre zu Metternich zurück, aber er rufe warnend dem Minister das Wort zu, daß Scheidemann am letzten Sonntag auf der Magdeburger Reichsbannerkundgebung gesprochen habe: Reaktionäre Politik verdirbt den Charakter. (Dronischer Beifall links.)

Kultusminister Dr. Becker:

Ich habe gestern die Schlämmlut des Herrn Döry eben so gelesen, wie er meine Rede im „8-Uhr-Abendblatt“, denn wir haben beide unser Manuskript demselben parlamentarischen Bureau zur Verfügung gestellt. (Große Heiterkeit.) Die Interpellation beantwortete ich dahin, daß die Staatsregierung nicht bereit ist, ihre Verordnung betreffend Neuordnung des Studentenrechts zurückzuziehen. (Bravo! links.) Die Staatsregierung hätte gern die studentische Selbstverwaltung erhalten; aber die Studentenschaft hat durch ihre Abstimmung darauf verzichtet. Damit wird sie wieder Objekt der Erziehung und Verwaltung wie die Schüler der anderen höheren Bildungseinrichtungen auch. (Große Unruhe rechts.) Die Studentenschaft wird damit in dieselbe Rechtsstellung zurückgedrängt, in der sie zur Zeit der Monarchie immer gewesen ist. (Sehr gut! links.) Die Regierung mußte zunächst neue

Sicherheiten gegen Verwahrlosung und Veruntreuung der Zwangsbeiträge der Studentenschaft

fordern, nachdem 18 schwere Fälle von Unterschlagung zur gerichtlichen Aburteilung gelangt waren. (Hört, hört! links.) Die Regierung will der Studentenschaft nicht verwehren, sich in antisemitischen Ariervereinen zusammenzuschließen, soviel ihr beliebt, aber ein Organ der öffentlich-rechtlichen Verwaltung mit Zwangsbeiträgen darf die Verfassung nicht verletzen, und die deutsche Reichsverfassung unterscheidet nun einmal nicht zwischen Ariern und Nichtariern, sondern kennt nur Deutsche. (Große Unruhe rechts, Zurufe bei den Völkischen: Frey-Palastina-Redner.) War es etwa großdeutsch, ein Statut für die Studentenschaften zu erlassen, das einen Vorkämpfer des österreichischen Anstufens, wie den Reichstagspräsidenten Böbe, von der Mitgliederschaft ausgeschlossen hätte? Was jetzt von der Studentenschaft übrig geblieben ist, ist reine, unverfälschte Politik. Die Studentenschaft ist bei der Abstimmung mißbraucht und kriegsführt worden. Wer waren denn

eigentlich die politischen Drahtzieher? (Stürmische Zurufe links: Reudell.) Die Drahtzieher waren die Spitzenorganisationen der

Akademikerverbände, die ein Hort der Reaktion sind und auf die aktiven Studenten einen geradezu terroristischen Zwang ausgeübt haben. Die preussische Staatsregierung wird unbedeutend von allen Anwürfen und aller Agitation ihren klaren Weg weitergehen. (Bravo links und in der Mitte.)

Die einzige Bedeutung, die eine wirklich großdeutsche Vereinigung aller deutschen Studenten besitzen kann, liegt in der durch sie verkündeten Idee der Einigkeit der akademischen Jugend aller deutschen Stämme.

In der Besprechung erhält zunächst das Wort

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.)

(von der Rechten mit Zurufen wie „Alle Studententante“ und „alter Kahlkopf“ empfangen): Ihre unerschämte Art, sich gegenüber einer alten Frau beleidigend zu benehmen, beweist, daß die heutigen Akademiker vielfach tief unter dem sittlichen Niveau jedes deutschen Arbeiters stehen. (Lobhafter Beifall links.) Die sehr gedämpfte Tonart der Rede des Abgeordneten hat bewiesen, daß es den Rechtsparteien mit ihrem Abstimmungsbesitz bei den Studenten nicht sehr wohl ist. Die keine pädagogische Führung des Kultusministers war wohl gegenüber den heutigen Studenten etwas zu geistlos. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Aber er hat heute mit Recht die Frage aufgeworfen: Wo waren die Professoren? Ja, wir fragen den Kultusminister:

Wo sind die republikanischen Staatsrechtslehrer und Historiker an unseren Universitäten?

Der Fall des Professors v. Müller beweist, daß man ein ganz unbedeutender Hochschullehrer sein und doch durch politische Heberei den irenischen Beifall der Studenten heranzuziehen kann. Es ist richtig, daß nicht alle Studenten, die mit Reim gestimmt haben, monarchistisch sind. Aber die Abstimmung vom vorigen Sonntag ist doch erschütternd, wenn man an die Zukunft der deutschen Republik denkt. Das sind also unsere künftigen Sozialhygieniker, unsere künftigen Richter, unsere künftigen Lehrer an den höheren Schulen!

Der Reichsinnenminister von Reudell, der gute Rusker, hat wieder einmal gezeigt, daß er in der Politik den richtigen Ton und Takt stets verfehlt. Mit den schwächlichen Ausreden des Reichsfanzlers Marx empfinden wir tiefes Mitleid. (Sehr wahr! links.) Im Übrigen lohnt es nicht viel, über Herrn Reudell zu reden. Da er nicht weiß, was das Reichschulgesetz kosten wird, möchte er doch wenigstens bei den Studenten einmal Politik machen. Die nichts kostet, Politik, die mit einer Phrasen großen Beifall erntet. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Wir verlangen von der Regierung feste und planmäßige Arbeit für die Förderung der Staatsgesinnung an den Universitäten. (Bravo! links.)

Bei Schluß des Blattes spricht Abg. Steiner (Dnat.).

Das Tagebuch eines Matrosen.

Warum die deutsche Flotte zerbrach.

Im Reichstag hat der Untersuchungsausschuss sich jahrelang mit den Ursachen des militärischen Zusammenbruchs beschäftigt. Vor allem die Vorgänge bei der deutschen Marine, die schließlich den revolutionären Stürmen auslösten, sind in bündelreichen Protokollen immer wieder abgehandelt worden. Die Admirale und ihre Gehilfen haben alles aufgedeckt, um klare Tatbestände zu verzeichnen.

Einer der letzten Sachverständigen, der vernommen wurde, erregte durch seine Auslagen bei dieser Admiralsgesellschaft, einschließlich des Zigarrenadmirals Brünninghaus, peinliches Aufsehen. Dieser Sachverständige gehörte nicht zu dem Klub der Offiziere, er war auch kein verdächtiger Sozialdemokrat, sondern ein einfacher christlicher Arbeiter, der Französer Richard Stumpf aus Nürnberg, der seine für die Offizierswelt vernichtenden Auslagen nicht nur auf die Erinnerung, sondern auf ein während des Krieges sorgfältig geführtes Tagebuch stützte.

Dieses „Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters“ ist unter dem Titel „Warum die Flotte zerbrach“ (eben im Verlag A. S. W. Dieckmann, Berlin SW 68, erschienen. Stumpf bekennt sich auch heute noch zu einem christlich-nationalen Patriotismus und ist bis zur Stunde überzeugter christlicher Gewerkschafter. Um so tiefer müssen seine bei der Verdienstaube geäußerten Anklagen gegen den kaiserlichen Militarismus und gegen die Behandlung der Mannschaften durch die vom Reichswohn befehligten Offiziersstände wirken.

In welchem Artikel kommt dieser gute Soldat, dieser von allen Idealen des Christentums und der Vaterlandsliebe erfüllte Mann über das Offizierskorps der Marine? Am 13. Juni 1915 schon schreibt er:

„Ich kann sagen, daß während meiner Dienstzeit noch niemals die Klust zwischen dem Offizier und dem Mann so klaffend tief geworden, wie gerade jetzt während der Kriegszeit. Nicht wenig hat zu diesem unersinnlichen Verhältnis die Tatsache beigetragen, daß sich die Offiziere zu teurerer Einküchlerung bequemen. Während wir uns mit halber Brotkrone begnügen müssen, finden in der Messe Eh- und Trinkgelage statt.“

Er spricht dann zornig von den Offizieren als von „Drohnen“ und sagt, „Schlaken und Bosheiten werden förmlich erdacht, um uns zu quälen“. In erschütternden Worten gedenkt dann der gegen die Sozialisten verhetzte christliche Arbeiter des großen verbliebenen Freundes der deutschen Soldaten, unseres August Bebel:

„Ich weiß nicht, ob ich mich eines Tages nicht doch verpasse. Wäre nicht die Rücksicht auf Eltern und Angehörige, hätte ich meinen Ingrimm schon längst an einem Kerl geküßt, der alles anhat, um die Ideale von Vaterlandsliebe und Gerechtigkeit in meinem Herzen zu zerstören. Was kein Buch, keine Zeitung und kein Sozialist vermocht hat, das gelang dem System des Militärs. Ich habe diese verkörperte Autorität hassen und verachten gelernt wie nichts auf der Welt. Viele Autorität, die ihren Rückhalt nicht in der fühlbaren Überlegenheit, sondern einzig in der Furcht vor dem Paragrafen des Militärstrafgesetzbuches hat. August Bebel, ins Grab hinein ruhe ich die besten Dank für alle Deine Bemühungen zugunsten der armen bedrückten Soldaten. Ich habe Dich früher mißverstanden, Du bist aller Übertreibungen Deiner Reden zum Militärsoldat geübt; heute empfinde ich sie als patriotische Tat, für die Dich die deutschen Mütter und Geschwister lieben.“

Als dann im September 1917 Standrechtsstufen auf der Bahnen Heide die beiden Matrosen durch einen schändlichen Justizmord, dessen Urheber noch heute Richter ist, zerrissen hatten, nennt Stumpfs Tagebuch den Spruch des Kriegesgerichts „Schandurteil“ und meint: „Ich glaube, daß, wenn der Erzengel Michael für die Unguld dieser Leute getragt hätte, es ihm der Staatsanwalt nicht geglaubt hätte.“ Ein Stück für Stumpf, daß sein Tagebuch nicht während des Krieges gefunden worden ist. Sonst läge er jetzt still und krumm neben den beiden Märtyrern der Matrosen auf dem Militärfriedhof zu Wahn.

Wunder des Films.

Von Hans Bauer.

Es müßte mal ein Marsbewohner, unterrichtet wie er über den Weltkrieg wäre, sich in den verschiedenen Ländern die verschiedensten Kriegsfilme ansehen, und dann müßte man ihn fragen, wie er sich, auf Grund des Gesehenen, den Verlauf des Krieges vorstelle. Natürlich hätte er keinen Schimmer davon. Im Kino sieht man den Krieg noch durchaus aus der Perspektive des Belagerungsstandes. Es hat sich auf der Leinwand noch nicht herumgesprochen, daß mal die anderen die Hände hochhoben, mal aber auch die Eigenen. Gewiß gibt es Kriegsfilme, die im ganzen hochinteressant, nämlich passiv sind. Aber was unter allen Umständen verboten bleibt, ist dies: Kein Jahre nach Friedensschluß Nachteiliges über die eigene Heeresmacht zu vernehmen. In der großen Parade zum Beispiel bombardiert ein deutsches Flugzeug eine amerikanische Marschkolonne. Im amerikanischen Original wird das Flugzeug abgeschossen. In der deutschen Bearbeitung hingegen diese Szene natürlich aus Gründen der militärischen Scham weggelassen. Es weiß ein jeder, daß hunderte von Italien deutschen Flugzeugen im Krieg abgeschossen worden sind und hunderte von Italien gegnerische. Das brachten die Regeln so mit sich. Aber pfl: im Film ist hiervon noch nichts bekanntgeworden. . . .

Dieses Kaiserlicheater, das da auf der Leinwand vorgeführt wird, ist international. Jetzt ist in London noch Material aus den Archiven ein offizieller Kriegsfilm „Aperçu“ über die Leinwand gegangen, und dazu hat man auch authentisches deutsches Material verwendet. Beispielsweise einen von einem deutschen Soldaten ausgenommenen deutschen Sturmangriff. Zunächst einmal sträubt sich in einem ja allerhand gegen die Vorstellung, daß die deutschen Soldaten nicht nur Stoßtruppen des Todes zu sein hatten, sondern, wie sich nachträglich herausstellt, auch Kompanie eines Filmregisseurs. Aber das ist ein menschlicher Einwand, der bei Kriegsdingen keine Rolle spielt, und wenn man ihn unterdrückt hat, ist man geneigt zu sagen: Schön von den Engländern, daß sie sich im Gegenlag zu uns nicht scheuen, auch mal einen Angriff des Feindes von einst im Filmbild zu zeigen. Ja, sie scheuen sich freilich nicht, ihn zu zeigen, sondern nur davon, ihn als Angriff erkennen zu lassen. Die aus sich entfernenden Rücken bestehende Photographie eines deutschen Vorkämpfers wird, im Rahmen der vorangehenden und der folgenden Bilder, zur Photographie einer Front. . . .

Und damit sind dem Kriegsfilm aller Länder neue Wege gewiesen. Warum länger das Material der anderen dem eigenen Volk vorenthalten? Es ist ja gar nicht wahr, was man dem ungeschickten Wirklichkeitsfilm immer vorwirft, nämlich daß er die Wahrheit erkennen läßt. Man muß ihn nur richtig interpretieren. Wenn etwa die Eigenen im fremden Film welche Tücher schwenken, es, so zeige man hinterher den Feldmarschall, dem ihr Gruß gilt.

Zweistündige Wilna-Rede angedroht.

Alles dreht sich um Woldemaras.

V. Sch. Genf, 7. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Vormittagsitzung des Rates war ziemlich belanglos, so daß Stresemann sich durch Staatssekretär Schubert vertreten ließ und in seinem Hotel blieb, wo er eine lange Besprechung mit Woldemaras hatte — ein letzter Versuch, den Litauer zu überreden. Inwiefern Stresemann damit Erfolg hatte, ist nicht bekannt, doch verläuft zum allgemeinen Schrecken, daß Woldemaras die Absicht habe, am Nachmittag im Rat eine zweistündige Rede zu halten, die an Schärfe alle bisherigen litauischen Erklärungen im Rat überbieten werde. In der Sache selbst werde er seine Zustimmung zu den Vorschlägen der Großmächte geben, jedoch unter Bedingungen militärischer Natur, um die dann der Kampf auszusuchen wäre.

Der wichtigste Punkt der Vormittagsitzung war der von Bethancourt-Ruba erstattete Bericht über die internationale Pressekonferenz vom August d. J. Alle Resolutionen der Konferenz werden den Ländern zur wohlwollenden Berücksichtigung und Befolgung empfohlen. In der Debatte wies der Rumäne Comnene auf eine Stelle der Resolution hin, die die Presse als einen wichtigen Faktor für das gute Einvernehmen zwischen den Völkern bezeichnet.

Den Inhalt der mit einem unerhörten Material angefüllten 212 Seiten des Buches auch nur knapp anzudeuten, ist unmöglich. Das ist mehr als ein Tagebuch. Es ist die historische Anklagegeschichte der Millionen proletarischer Frontsoldaten, der geschürzten, gepöbelten, verachteten, mit groben Worten und mit einem Essen abgepefften proletarischen Soldaten. Es ist der Beweis für die ehernen Tatsache, daß die Klassenfront das kaiserliche Heer zerriß, wie sie tief und unüberbrückbar ihre Abgründe in der Wirtschaft aufweist. Darüber täuscht auf die Dauer die Preßzeit keine Weltanschauung hinweg. Des christlichen Arbeiters Kriegstagebuch ist dafür eine neue heilsame Lehre.

Am Donnerstag, dem 8. Dezember, werden im Untersuchungsausschuss des Reichstags die Abgeordneten Brünninghaus und Dittmann ihre Schlussvorträge über die Marinevorgänge von 1917 und 1918 halten.

Bürgerblutrost.

Die Presse des sterbenden Bürgerbluts ist über die gestrige Abstimmung im Reichstag sehr schwermütig —; von Befriedigung oder Genugtuung keine Spur.

Man tröstet sich, so gut man kann, und so findet die „Kreuzzeitung“, das Organ Westfalens, der Reichstag habe „mit anständiger Mehrheit“ das Misstrauensvotum abgelehnt.

Mit anständiger Mehrheit! Es geht bei gedämpftem Trommelklang. . . .

„Lieber tot als — deutsch!“

Goldene Worte eines Parteifreundes v. Kaudella.

München, 7. Dezember. (M.)

Der aus der Liste der Nationalsozialisten gewählte und jetzt der deutschnationalen Fraktion des Landtages angehörende Abgeordnete Dr. Ruy habe für gestern abend unter der Devise einer christlichen großdeutschen Volksbewegung Bayern eine Protestversammlung „gegen die Bedrohung der bayerischen staatlichen Selbständigkeit durch den Einheitsstaat“ einberufen. Er stellte die Forderung auf: „Lieber bayerisch sterben, als einheitsstaatsmäßig verderben“ und forderte die Wiederaufrichtung des Königreiches Bayern auf gelegentlichem Wege.

Wenn sie in Trüppchen als Gefangene abgeführt werden, so vergleiche man ihre lächerliche Minderzahl im nächsten Bild mit der Ueberzahl der Gefangenen, die man selbst gemacht hat. Dann weißt der Film noch einen anderen Vorteil auf, der lange nicht genug gewürdigt worden ist: im Gegenlag zur Wirklichkeit läßt er sich rückwärts drehen. Da hat man etwa im eigenen Archiv einen in dieser Form leider unbrauchbaren Film liegen, auf dem sich ein feindlicher Ton den eigenen Unten näher und der auf Gemeinplätze überhaupt nicht reagiert. Erbarmungslos wälzt er sich vorwärts. Man spanne den Streifen vertehrt ein und nun vollzieht sich das Wunder ohne Gleichen. Das Ungeheim wölcht unter den Bewehrungen zurück. . . immer weiter. . . immer weiter. . . bis es sich demütig am Horizont verliert. Aber man ist jetzt schon im Zug und rollt auch den übrigen Film rückwärts. . . immer rückwärts. Verflümmelte werden wieder hell, Latz er stehen, die anfängliche Gedrücktheit der Kriegsstimmung verwandelt sich allmählich in hellen, tönenden Jubel, die Monarchie kehrt wieder. Fast so schön ist das, wie es die nationale Presse immer schreibt. Und dabei alles authentisch. . . alles authentisch!

Eine Komödie à la Zouboff.

Seit Karin Michaelis ist das gefährliche Alter ein beliebtes Thema geworden. Es hat nun auch für einen französischen Rodeoman den Stoff abgegeben und ebenso für das neue Stück des „Theaters am Ruffstrand“ „Chéri“ von Colette und Leopold Marchand. Danksbar ist das Thema allein für die Autoren. Wir werden von der Tragik der alternden Frau nur noch ausnahmsweise gepackt. Zu diesen Ausnahmefällen gehört bestimmt nicht das Schicksal der Lea von Lenoal und des jungen Fred Pelou, den sie aus der Gasse aufgefressen und zu einem noblen jungen Mann sowie zu ihrem Liebhaber erzogen hat, worauf sie Fred nur noch Chéri, Liebling, nennt. Als ihm die 18jährige Edmonde über den Weg läuft, fliegt er auf das junge Blut und heiratet, ohne auf die leicht verletzlichen Gefühle der alternden Lea Rücksicht zu nehmen. Dies ist eine Entwürdigung, die keinen von uns Wunder nimmt. Die Verfasser aber, die einen Stoff für einen Akt zu drei Akten auszuwickeln mochten, lassen ein Penibel der Gefühle einströmen, das das Problem von seiner Lösung immer weiter entfernt. Mal liebt er Edmonde, mal liebt er Lea, wie's trefft. Kein Wunder, daß die Komödie alles andere als kurzweilig wirkt.

Da Wüst fatter die Frau der alternden Lea mit grandioser Oberflächlichkeit, meist sogar mit leichtfertiger Schnuppigkeit aus. Was in der Komödie allmählich an zarter Empfindung vorhanden ist, wird dadurch völlig unsichtbar. Da Wüst legt den unbelangenden Zuschauer stets durch ihre Routine in Erstaunen. Wer sie aber öfter sieht, muß die Entdeckung, daß sie immer dieselbe Rolle spielt. Sie tut den letzten Gehalt sowohl wie die Wehrzahl ihrer Söhne mit einer brüchigen Handbewegung ab. Das stört bei „Chéri“ mehr als der grämliche Liebhaber, den G. Les von Koppard auf die Szene stellt. Trotz somnoler Leistungen (Hans Wahmann, Rosa Volcetti, Margarete Schlegel) ist das Publikum nicht restlos befriedigt. In den schüchternen Beifall mischt sich vernehmliches Zischen. Dgr.

und bemerke, daß eine nicht geringere Verantwortung für den Völkerrischen den Rundfunkgesellschaften zufalle. Die Regierungen sollten dessen stets eingedenk sein. Es müsse verhindert werden, daß der Budapest Sender systematisch zum Zwecke der Propaganda in den abgetrennten Gebieten (Siebenbürgen, Banat, Slowakei) irredentistische Veranstaltungen herausfendert, die von den maharischen Minderheiten der Kleinen Entente begierig gehört werden. Commene vergaß hinzuzufügen: Gegen diese Radio-Propaganda ist sogar die rumänische Zensur machtlos!

Pilsudski fährt nach Genf.

Warschau, 7. Dezember.

Es wird halbamtlich bestätigt, daß Pilsudski heute nachmittag nach Genf abreist. Die im gestrigen Ministerrat besprochenen Berichte Jaksis aus Genf sollen den Ausschlag gegeben haben. Pilsudski, den der Rabinatsschef des Kriegsministeriums Oberst Beck begleitet, wird über Breslau, Stuttgart und Zürich reisen und Freitag morgen in Genf eintreffen.

Ordnungszelle Thüringen.

22½ Millionen Fehlbetrag in einem noch nicht bewilligten Haushalt! — Sozialdemokratische Kritik.

Wetmar, 7. Dezember.

Nach längerer Pause trat gestern der Thüringer Landtag zu einer längeren Sitzung zusammen, um endlich den thüringischen Haushaltsplan für 1927 zu verabschieden. Vor Eintritt in die Aussprache erklärte der Finanzminister, daß die in der Zwischenzeit von den Oppositionsparteien im Haushaltsausschuß eingebrachten Zusatzanträge das Defizit auf 22,4 Millionen RM. erhöhen würden. Der Etat sei in dieser Form undurchführbar.

Die Regierung habe eine Denkschrift über die notwendigen Sparmassnahmen in der Verwaltung ausgearbeitet. Unter solchen Verhältnissen wäre auch eine Besserung des Finanzausgleichs zwischen Thüringen und dem Reich nicht zu erwarten. Jedenfalls könne niemand für den Etat in der vorliegenden Form Verantwortung tragen.

Der Redner der Sozialdemokraten Genosse Frölich stellte auch die Schuld der Rechtsparteien an diesen verfahrenen Zuständen fest und verweltete die Zustimmung seiner Partei zu einem Ermächtigungsgesetz, das dieser Regierung noch besondere Vollmacht geben sollte. Sparmassnahmen müßten auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Wenn Thüringen seinen Haushalt nicht ins Gleichgewicht bringen könne, so solle es Reichsprovinz werden und darin anderen deutschen Ländern mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Kriegsanleihe-Schwindler.

Run auch deutsche und italienische Papiere „aufgewertet“

Paris, 6. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei über die Schlegungen mit deutschen Kriegs- und Vorkriegsanleihen in Paris haben durch Angaben des deutschen Rechtsanwalts Diez eine wichtige Förderung erfahren. Gleichzeitig taucht eine neue Fälscherschäre auf, ein großzügiger Versuch, gefälschte italienische Wertpapiere zu verwerten.

Uraufführung in Dresden. Alfred Rihn, der Verfasser des vielgespielten „Kessels“, hat in Dresden in der „Komödie“ mit seinem neuen fünfaktigen Lustspiel „Die Gieselskappen“ eine durchschlagende Niederlage erlitten. Das Stück, das wahrscheinlich etwas Besseres werden sollte wie „Der irrlische Weinberg“, hat zum Schauplatz ein südbannöberisches Dorf, in dem Benus und Boccus, der Gott des Weines, aber des gebrannten, allmächtig herrschen. Eine Art Gemeindefest, das zu drei Männern Topf sagt, Rieck Dalchau, kommt als Gräfin heim, entsuppt sich aber allmählich als weggelassene Zimmertöchterin, die nicht einmal ein Hemd auf dem Leibe hat. Nichtsdestoweniger glückt es schließlich, ihr als Gegengabe für ihren Säugling, den Reflexe eigentlicher Vater, der Gemeindevorsteher, übernimmt, den Dorf-Don Juan zuzuschauen, der außer einem geeigneten Appetit noch die Verpflichtung, für acht uneheliche Kinder Alimente zu zahlen, mit in die junge Ehe bringt. Die Handlung ist verworren, die Menschen sind psychologisch unmöglich und reden bald Derbheiten, bald Tiraden im Stile der Hintertreppenromane. Regisseur und Darsteller standen dem Stück hilflos gegenüber. Die Aufführung war uneinheitlich, fadenscheinig, lustlos. Das Publikum quittierte durch vorzeitigen Aufbruch, ironisches Gelächern an unreinwillig komischen Stellen und durch Nichtachtung des anmeldeuden Autors. J. M.

Eine Weltkonferenz Berlin 1930. Die Weltkonferenz, eine der ersten internationalen Konferenzen, an denen Deutschland von Anfang an, seit der Gründung 1924, völlig gleichberechtigt mitarbeitete, wird im Jahre 1930 in Berlin togen. Die erste Konferenz hatte 1924 in London stattgefunden. Seitdem sind 46 Länder Mitglieder der Konferenz geworden und durch nationale Ausschüsse vertreten. Die erste Gesamttagung, 1924 in London, nahm einen glänzenden Verlauf. So sind auch für die Berliner Weltkonferenz große Pläne in Aussicht; man will neben einem umfangreichen Vortragsstudienreisen noch allen wichtigen Kraftzentren Deutschlands machen und den Teilnehmern einen Ueberblick über die deutsche Kraftwirtschaft geben.

Auf dem 3. Novemberabend der Volksbühne am Freitag, 20 Uhr, im Särtraal des Berliner Rathauses, Anfangs Adolphstraße, wird Max Andersons Regie auf seinen Werken vortreten. Einlaßkarten 60 Pfg.

Der Schoupietabend, der Donnerstag, 20. Uhr, im Särtraal (Bach-) Saal stattfindet, wird eröffnet durch einen „Dialog zwischen der Schoupietlerin (siehe Ferich) und dem Premasänger (Otto Jans)“. Danach behandelt Paul Wagner „Die Rolle“ und zum Schluß spricht Elsa Darius über das Thema „Der Mensch und die Kunst“.

Die „Bürger-Konzerte-Vereinigung Groß-Berlin“ gibt am 8. Dezember in der Bühnenharmonie 8 Uhr ihre Einheitskonzerte. Mitwirkende: 8-konstige Bühnenharmonische Orchester, Dirigent Arthur Kolmar; Solist: Maria Schreier. Die Veranstaltung steht unter dem Patronat des Reichstagspräsidenten Loh.

Uhr Schoupiet wird im IV. Konzert der Volksbühne am 11. Dezember, mittags 12 Uhr, im Theater am Giesendamm, Anfangs Adolphstraße und Sonate C-moll. Das italienische Konzert und Schumanns Kreisleriana zum Vortrag bringen.

Sparsamung Eule-Hege! befolgsam! Die aus Nürnberg gemeldet wird, ist die Romantische Hebezeugung von Gerhard Baummanns neuem Epos „Zu Eulenpiegel“ von der Polizei als antireligiös beschlagnahmt worden.

Pogrom in Neurumänien.

Die Behandlung der Minderheitsvölker wird dem Völkerverbund zeitgerecht vorgeführt.

Budapest, 7. Dezember. (Mag. Korr.-Bureau).

Mehrere tausend Studenten aus Siebenbürgen, sowie aus Rumänien, besonders aus Jassy und Bukarest, versammelten sich in Großwardein. Sonntag abends begannen Kundgebungen, die Montag früh in blutige Ausschreitungen ausarteten. Die Demonstrationen richteten sich zunächst gegen die Juden, nahmen jedoch später antimadjarischen Charakter an. Redaktionen und Druckereien ungarischer Zeitungen, sowie die ganze Einrichtung des katholischen Vereines wurden von den Demonstranten, die sogar in Privatwohnungen eindringen, zerstört. Sie griffen auch die Wohnung des Oberabbaters Leopold Keckermil in dessen Abwesenheit an und zerstörten sie vollständig. Im Czjeum schlugen sie die Fenster ein und zerstörten die Einrichtung. Die Polizei erwies sich ohnmächtig. Militär und Gendarmerie gingen jedoch mit der größten Energie an die Wiederherstellung der Ordnung. Während der Unruhen wurden zahlreiche Personen schwer verletzt; ein ungarischer Schauspieler, dessen Name bisher unbekannt ist, wurde auf der Straße erschossen. Auch der Besitzer des Großwardeiner Parkhotels erlitt so schwere Stichwunden, daß er in Lebensgefahr liegt. Die Straßen sind wie ausgelassen. Die Straßenbahn verkehrt nicht, und sämtliche Geschäfte sind geschlossen. Auch in Urad wurden mehrere Personen mißhandelt. Das erste Todesopfer in Großwardein war ein Jude namens Sonnenfeld, von dem die Studenten angenommen hatten, daß er ihre Beratungen ausplündern wolle. Sonnenfeld wurde erschossen. Nach dem Kongreß jogten die Studenten auf die Straßen, wo sie unter lärmenden Kundgebungen mehrere Schaufenster zerstörten und das Parkhotel angriffen. Der Hotelbesitzer Walfsowits, der in dem Lauffeld schwere Stichwunden erlitt, ist seinen Verletzungen erlegen. Auch ein Regergesandter, der die Koffaden herunterziehen wollte, erhielt gleichfalls mehrere Stichwunden.

Diese akademischen Missetaten stehen unter der Führung des berühmten hakenkreuz-Wissenschaftlers Professor Cuga.

Das Moskauer Regententum.

Aussichtsloser Kampf der Opposition.

Die Vermutung Stalins, daß die Opposition an den Parteitag mit dem Wunsch herantreten würde, weiter innerhalb der Partei zu bleiben, bestätigt sich. Kamenev, der dem Parteitag mit beratender Stimme betrautet, erklärte, daß die Opposition bereit sei, die Fraktionstätigkeit aufzugeben, ohne jedoch ihrer Überzeugung zu entsagen. Diese Worte Kamenevs riefen stürmische Proteste hervor. Als Kamenev nochmals sich an den Parteitag mit der Bitte wandte, der Opposition die Gelegenheit zu geben, durch Taten zu beweisen, daß sie für die Einheit der Partei stehe, rief man ihm zu: „Wir glauben dir nicht mehr!“

Kamenevs Rede erhielt eine Wdh. von Rykow. Er erinnerte daran, daß Lenin von den damaligen Oppositionellen verlangt habe, entweder von ihrer Tätigkeit abzuschließen oder aus der Partei auszutreten. Diese Alternative, sagte er, stelle die Partei der Opposition; man werde sich auf Plebiszitpromisse nicht einlassen. Wer in der Partei bleiben wolle, möge aus Trojks Fraktion austreten.

Auch Kowosski sprach für die Opposition. Er kritisierte scharf die Außenpolitik des Zentralkomitees. Den übrigen wurde zu Unrecht behauptet, die Opposition wäre nicht gewillt, unter der Führung der Parteiorgane die Sowjetunion zu verteidigen.

Einzelne Delegierte fanden in ihren Reden noch schärfere Ausdrücke gegen die Opposition als Stalin und Rykow. Sie warnten dem Zentralkomitee zu große Milde vor. Es ist kaum zu erwarten, daß die Stimmung des Parteitages irgendwie zugunsten der Oppositionellen umschlägt. Kowosski und Kamenev hielten ihre Reden teilweise unter größtem Lärm des Parteitag.

Auch der Leiter der besondern Abteilung der GPU, Menschinski, widmete seine Rede der Opposition. Er verteidigte die GPU gegen die Vorwürfe der Opposition, als würde sie sich in innerparteiliche Streitigkeiten einmischen und terroristische Methoden anwenden. Er erklärte, daß die GPU die strengste Neutralität wahre und nur dann in Aktion trete, wenn die Tätigkeit der Opposition ausgesprochen „gegenrevolutionären“ Charakter trage.

Der Oppositionelle Muzalov erklärte, die Politik der Partei auf dem flachen Lande sei irrtümlich gewesen und kritisierte die innerparteiliche Politik des Zentralkomitees. Er wurde wiederholt von lauten Entrüstungsrufen unterbrochen.

Die Debatte über das Referat Stalins ist geschlossen. Der Oppositionelle Bakosjef erklärte, daß die Maßnahmen der Partei gegen den

stärker werdenden Einfluß der Großbauern auf dem flachen Lande

nicht genügt und trat für eine Verstärkung der Arbeiterschaft in der Partei ein. Handelskommissar Milosjan erwiderte, daß die Partei einen energischen Wirtschaftskampf gegen die kapitalistischen Elemente auf dem flachen Lande führen werde; eine Verständigung mit der Opposition sei nicht möglich, die, obwohl sie erklärt habe, eine neue Partei nicht schaffen zu wollen, es dennoch tue und sich selbst außerhalb der Partei stelle. Der Sekretär der Zentralkommission, Jaroslawski, führte gegenüber der Behauptung Bakosjefs aus, der Arbeiterstamm der Partei, der 750 000 Personen zähle, während die gesamte Partei 1 200 000 Mitglieder habe, sei zurzeit so stark wie nie zuvor. Jaroslawski verlas Dokumente, aus denen hervorgeht, daß unter der Opposition Differenzen bestehen, daß

Snowjew und Kamenev einem Druck Trojks nachgaben,

der eine entschleunigtere Taktik verlangt, und daß die Erklärung der Opposition auf dem Parteitag über ihren Verzicht auf eine eigene Fraktionstätigkeit ohne Berücksichtigung ihrer Anschauungen das Ergebnis eines Kompromisses zwischen beiden Strömungen darstelle. Jaroslawski erklärte, der Parteitag müsse Beschlüsse fassen, durch die die Tätigkeit der Opposition endgültig unterdrückt werde.

Präsident Coolidge hat bündig erklärt, nicht wieder zu kandidieren.

In Französisch-Marokko wurde ein mit Wasserfüllung beauftragter Zug Senegalschienen von Militärten überfallen. Ein Sergeant und zwei Mann sind getötet worden.

Die Parlamentswahlen in Polen sind neuerdings auf den 4. März (Senat) und 11. März (Reichstag) hinausgeschoben worden.

Stellensuchen.

Aus den Erfahrungen eines arbeitslosen Mädchens.

Ich möchte sofort eine Stelle haben, und so wanderte ich denn von einem Arbeitsnachweis zum anderen, Tage, Wochen und Monate. — — — Ich war schon ganz verzweifelt.

Hier ist eigentlich etwas Besseres für Sie“, sagte eines Tages das Schönerer-Küchen im Arbeitsnachweis zu mir — und ich sagte förmlich zu demselben in dieser ungewohnten Weise — „Dr. ...“ Ich suchte eine gebildete Dame zur Ordnung seiner Bibliothek, möglichst perfekt in Stenographie und Schreibmaschine, Vorstellung 4 Uhr nachmittags.“ — Schon um 3 Uhr stand ich vor dem Hause. Niemand durfte mir zuortkommen, wenn man nicht die Erste ist, ist wenig Hoffnung! Um 3 1/2 Uhr nähert sich ein junges Mädchen der Haustür, die stürzte vor, wir versuchen gemeinsam, die schwere Haustür aufzuschließen. „Sie wollen wohl auch zu Dr. ...?“ „Natürlich!“ Wir gehen die Treppe hinauf, klingeln, und werden sofort zu Dr. ... geführt. Ein Herr erhebt sich und bittet uns, Platz zu nehmen. Er mustert uns von oben bis unten und sein Blick bleibt plötzlich auf den Beinen des jungen Mädchens hängen. Ich werde unsicher, denn schon weiß ich, daß ich verloren habe. Ich habe mir einen zu langen Rock angezogen, weiter nichts; häßliche Beine habe ich nicht einmal, doch der Rock ist entschieden zu lang. „So, meine Damen“, sagt der Herr lebenswütig grinsend, „nun erzählen Sie mir einmal, was Sie alles können. Haben Sie schon einmal eine Bibliothek geordnet?“ Ich bejahe, das zweite Mädchen verneint. „Können Sie Stenographie und Schreibmaschine?“ Ich bejahe und das junge Ding verneint mit dem Bemerkten, daß sie gerade anfangen, Schreibmaschine zu lernen. „Na, das ist ja auch nicht weiter sehr wichtig“, meint der Herr, und sein Blick ruht auf den Beinen des Mädchens, und sich zu dem jungen Mädchen wendend, sagt er: „Es wird gewiß auch ohne das gehen, rufen Sie mich doch bitte morgen früh noch einmal an, Fräulein!“ Vor mir eine kühle Verneigung, der anderen ein liebevoller Blick — und wir sind entlassen.

Nach einigen Tagen habe ich wieder „Glück“. Ein Ingenieur sucht eine Dame von 9 bis 3 Uhr, Gehalt 100 M. Ich gehe pünktlich hin, es ist eine Art Laden, an dessen Tür ich vergebens klinge, sie ist verschlossen. Ich warte in eifriger Kälte eine Stunde vor der Tür und rufe dann in der Privatwohnung des Herrn an. Ich wäre vom Arbeitsnachweis um 3 Uhr bestellt worden und wartete nun eine Stunde vor der Tür. „Das ist ein Verstum“, sagt der Herr, „lesen Sie morgen um 11 Uhr bei mir.“

Wieder hat es nicht funktioniert. Punkt 11 Uhr öffne ich am nächsten Tag die nun nicht mehr verschlossene Ladentür und sehe einen älteren Mann gegenüber: gelbes Gesicht, gläserne Augen mit einem ungewöhnlich rohen Ausdruck, schwarze Zähne, denen ein käuflicher Geruch entströmt, so daß ich zunächst einige Schritte zurückweiche. „Sind Sie die Dame, die mich gestern angerufen hat?“ „Ja!“ „Wie können Sie es wagen, mich in meiner Privatwohnung anzurufen, wie kommen Sie dazu, ich sehe doch nicht jedem zur Verfügung. (Das Wort „jedem“ steht er mit verdächtigem Betonung hervor.) Zeigen Sie Ihre Zeugnisse.“ Ich zeige sie. „Am, ja, Sie scheinen ja perfekt zu sein. Aber ich will Ihnen nicht vorher sagen, ich bin ein sehr nervöser Mensch, sehr nervös, und wenn ich Ihnen so 15 bis 20 Briefe diktiere und komme dann zurück und die Briefe sind nicht fertiggeschrieben, dann kenne ich mich nicht mehr vor Blut!“ — Ich habe bloß meine Zeugnisse zusammengedrückt und bin schleunigst verschwunden.

Und so vergangen wieder Tage und Wochen mit vergeblichen Suchen, bis ich mich eines Tages mit 60 Bewerbungen in den Büroräumen einer Maschinenfabrik einfand. In 20 wurden zusammen hereingeführt, ein Herr diktierte im 20-Stunden-Tempo, während ein anderer hin und her lief und die Schreiberninnen beobachtete. Mir klopfte er plötzlich auf die Schulter und flüstert: „Warten Sie nochher zurück!“ Ein Gefühl der Rührung und Dankbarkeit durchströmte mich, die Stelle ist mir so gut wie sicher. Als alle sich entfernt haben, bleibe ich noch mit fünf anderen Auserwählten zurück. „Ich möchte Sie nun noch einmal prüfen“, sagt der Herr, und die Tortur beginnt von neuem. Eine Viertelstunde wird diktiert, das Aufstenographieren wird in die Maschine übertragen und so fort Drei schreiben noch aus und ich sitze noch mit zwei anderen als Höchstleistung im Zimmer. „Na, meine Damen, Sie schreiben ja alle drei sehr gut, ich möchte Sie daher um folgendes bitten: zunächst arbeitet eine von Ihnen bei mir zwei Tage zur Probe, dann die nächste zwei Tage, und dann die dritte. Wer mir dann am besten zusagt, den nehme ich. Gehalt 100 M. monatlich, Arbeitszeit 9—6 Uhr.“ Wir sehen uns argenheits an; ich sage sofort, daß ich zugunsten der anderen verzichte, die anderen sollen mir ins Wort, sie verzichten ebenfalls, sie wären dazu nicht in der Lage, murmeln sie. — — —

Dies sind einige Proben meiner Erfahrungen beim Stellensuchen, denen sicher noch andere folgen werden. Wenn ich auch gefaselt habe, doch sie mich an Erfahrungen reichhaltig haben, so habe ich doch viel dabei verloren —, besonders aber meine Ideale!

Der Kurpfuscherstandal von Potsdam.

Man versucht zu „berichtig“.

Unsere ausführlichen Meldungen über die Gesundheits-epidemie um Potsdam scheinen sowohl der Gesundheitspolizei als auch der Weihenberg-Gemeinde auf die Nerven gefallen zu sein. Man versucht zu berichtig und berichtig Dinge, die wir gar nicht behauptet haben. So meidet das Weisse Telegraphenbureau, doch nach Erkundigung an amtlicher Stelle und nach einer Anfrage in Berder in dem Hause der zwei biphtheriekranken Kinder keine Gesundheitsberichterstattung in Frage steht. Die Kinder hätten schon lange an Kolypen gelitten, und darum hätten die Eltern irrtümlich geglaubt, daß es sich wiederum um diese Krankheit handle. Ein Gesundheitsberichter sei niemals am Krankenlager der Kinder gewesen. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Eltern die Kinder wie immer trotz des besorglichen Zustandes, in dem sich die Kranken befanden, durch „Hausmittel“ zu helfen versuchten (welcher Art diese „Hausmittel“ waren, wird natürlich verschwiegen), und daß, wie wir schon heute morgen feststellten, der Großvater der Toten in Berder und Umgegend dafür bekannt ist, daß er Menschen und Tiere durch Besprechen und Gebete zu heilen versucht.

Auch die sogenannte „Evangelisch-Johannische Kirche nach der Offenbarung St. Johannes“, Oberhaupt: Johannes Weihenberg, glaubt uns auf Grund des § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung schicken zu können. Diesmal handelt es sich um den Fall des Lebensmittelhändlers Rode, den von uns ausführlich besprochenen Potsdamer Zeichenstandal. Der „Oberkirchenrat“ dieser Kirche schreibt:

„Unwahr ist, daß die evangelisch-johannische Kirche und ihr Oberhaupt Josef Weihenberg irgend etwas mit den Vorkommnissen in Potsdam zu tun haben. Wahr ist vielmehr, daß der verstorbene Händler Rode sowohl wie auch seine Frau nicht Mitglieder der evangelisch-johannischen Kirche sind. Wahr ist, daß Herr Holz in Potsdam seine „Behandlungen an der Leiche“ lediglich in seiner persönlichen Eigenschaft als Heilmagnetiseur vorgenommen hat. Seine ehemalige Tätigkeit als Führer der Gemeinde Potsdam der evangelisch-johannischen Kirche hat mit seinem Beruf als Heilmagnetiseur nichts zu tun. Unwahr ist, daß Herr Weihenberg die Lehre verbreitet, irgendem Mensch könne einen Toten zum Leben erwecken. Frau Rode erklärt, daß an der Leiche ihres Mannes keine „Behandlungen“ vorgenommen wurden, es wurden lediglich Gebete gesprochen.“

Einmal bekräftigt die Zeitschrift, daß an der Leiche Behandlungen vorgenommen wurden zum anderen Mal sagt sie, daß Herr Holz in Potsdam keine Behandlungen an der Leiche lediglich in seiner „persönlichen Eigenschaft“ als Heilmagnetiseur vorgenommen hat. Seine Tätigkeit als Führer der Potsdamer Weihenberger wird nicht abgelehnt. Schon dies sagt genug!

Wie klümmert aber ist es, daß die Weihenbergerbrüder nach wie vor in Potsdam ihr Unwesen treiben können. Noch gestern hat ja in Potsdam eine Veranstaltung der Seite stattgefunden, in der Kurpfuscherei, Gesundheitsberichter und ähnlicher Art propagiert wurden. Wieder sind betrogenwertete Karten mit schriftlicher Aufforderung an die Schwindler heranzutreiben, um sich durch die Brüder oder Schwestern behandeln zu lassen!

Wann wird hier die Potsdamer Gesundheitspolizei reinen Tisch machen?

Es darf in diesem Zusammenhang auch an den tragischen Tod des berühmten Schauspielers Kowosski im Jahre 1911 und seiner gealterten Kollegin Nuschka Buhe vom Schauspielhaus im Februar 1913 erinnert werden. Auch von ihnen wurde mit Bestimmtheit behauptet, daß sie aus laotisch-vollständiger Verwirrung heraus der Gesundheitsberichter zum Opfer gefallen sind.

Nur eine Stadtbank.

Der Magistrat hat beschlossen, die seit Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin nebeneinander bestehenden zwei Stadtbanken — die Berliner und die Neutöllner Stadtbank — aus reiner Zweckmäßigkeitsgründen vom 1. Januar 1928 ab zusammenzulegen. Inwieweit die Forderungen in der Art der Geschäftsführung und der Kreditgewährung werden nicht eintreten.

Der Ueberfall auf den „Klausner“.

Drei Jugendliche vor Gericht.

Man weiß nicht, was erstaunlicher ist: die Dummheit oder die Verwegtheit der drei jungen Burken, die heute vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte Frage und Antwort stehen mußten. Der dritte Raubüberfall am beliebigen Tage am 18. Oktober auf das Weissenrestaurant „Der Klausner“ in der Teubenerstraße ist noch in aller Erinnerung. Während der 21jährige Peter Sch. sich in das Restaurant begab und hier in nordgerichtetem Ansehen die vier Angestellten in Schock hallend, die Telephonröhre durchschlug und dem Schreitschiff 1700 M. entnahm, standen Peters Bruder, der 19jährige Willi, und der 15jährige Alfred A. draußen „Schmiere“.

Alle drei waren arbeitslos. Sie brauchten Geld. Seit Wochen gingen sie mit ihren Raubabsichten schwanger. Quersicht hatten sie es auf eine Tageszahlung abgesehen; hier sollte irgendein Geldempfänger aufgelaufen und hinterher auf der Straße ausgeplündert werden. Mehr als einmal waren sie davon, ihre Tat auszuführen. Doch immer wieder kam etwas dazwischen. Am 18. Oktober sollte unter allen Umständen die Raubabsicht endlich verwirklicht werden. Alfred Sch. hatte früher einmal kurze Zeit im Restaurant „Der Klausner“ gearbeitet. So wußte er Weisheit. Am 18. Oktober trafen sie sich in der Nähe des Restaurants an einer Pflanzhöhe, wuschelten einander „Hals und Beinbruch“, das looief nicht guten Erfolg bedeuten sollte und dann ging man ans Werk. Einen Revolver hatten sie sich besorgt, indem sie den Koffer ihres Zimmergenossen aufgedrungen hatten. Folge der Tat war die baldige Verhaftung und die heutige Gerichtsverhandlung. Alle drei sind geständig.

Drei Autos aufeinander.

Drei Personen verletzt.

Am Bittenbergplatz ereignete sich gestern nacht ein schwerer Unfall, bei dem drei Personen zum Teil erhebliche Verletzungen erlitten.

Nur vor der Straßenbahnhaltestelle am Bittenbergplatz hielt eine Kraftfahrmaschine, der ein Fahrer entstieg. Der Fahrer einer nachfolgenden Kraftfahrmaschine verlor aus noch unbekannten Gründen die Gewalt über seinen Wagen und fuhr auf das haltende Auto auf. Im letzten Augenblick übertrieb sich der Unfallfahrende noch ein Privatauto, dessen Führer gleichfalls nicht mehr abstoppen konnte und mit den beiden anderen Wagen kollidierte. Einer der Autos wurde bei dem heftigen Zusammenstoß auf den Bürgersteig geschleudert und drei an der Haltestelle stehende Personen, die nicht rechtzeitig zurückspringen konnten — das Unheil war das Werk von wenigen Sekunden —, wurden erheblich verletzt. Zwei von ihnen, der 36jährige Architekt Emil Hey aus der Route Jakobstr. 4 und der 47jährige Lagerarbeiter Max Zerlatte aus der Kaiserstr. 17, erlitten Kopf- und Beinverletzungen und konnten nach Anlegung von Retortenbänden auf der Rettungstafel 7 in ihre Wohnungen gebracht werden. Die 37jährige Stütze Emma Reichardt aus der Bubapeter Str. 27 erlitten schwere Kopfverletzungen, so daß sich ihre Überführung in das Weissen-Krankenhaus als notwendig erwies. Die Schulfrage konnte noch nicht geklärt werden.

Der Vorstand der „Vereinigung Reichsdeutscher Republikaner zu Riga“ hat in seiner Sitzung vom 20. November einstimmig beschlossen, sich dem Deutschen Republikanischen Reichsbund als Auslandsgruppe anzuschließen.

Konsumgenossenschaft, Abodeststraße Dreißendstr. 5. Wichtige Sitzung für Parteimitglieder Donnerstag, 8. Dezember, 1924 Uhr. Vortrag, Aussprache, Restaurant Jung, Dreißendstr. 11. Parteimitgliedsbuch legitimiert.

Sieben Todesopfer eines Schneesturms in New York. Im Gebiet der Stadt New York sind in dem schweren Schneesturm sieben Personen ums Leben gekommen. Tausende von Schneeschippern sind an der Arbeit. Die Temperatur steigt.

Sprecher für Proletarisches Zentralrat. Verhandlung am Donnerstag, dem 8. Dezember, in der Sophien-Schule, Wannischstr. 16—17. Anwesende und Kinder müssen um 7 Uhr erscheinen, Beginn um 8 Uhr.

Fabrik oder Handwerksbetrieb.

Ein Tarifstreik im Fleischergewerbe.

Im Berliner Fleischergewerbe gibt es zwei allgemeinverbindliche Lohnsätze. Der eine gilt für die Wurst- und Fleischwarenfabriken. Er hat höhere Lohnsätze als der zweite Tarif, der für das Ladenfleischergewerbe gilt, wo die Kleindetriebe die Mehrheit bilden. Die Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb läßt sich nicht in allen Fällen zweifelsfrei feststellen. Es gibt neben den Betrieben, die unbestritten als Fabriken gelten, auch solche, die aus handwerksmäßigen Kleinbetrieben hervorgegangen sind, sich mit der Zeit zu umfangreichen Fabriken entwickelt, aber den Verkauf im eigenen Laden, wo sie allerdings nur einen kleinen Teil ihrer Waren absetzen, beibehalten haben. Die Inhaber dieser Betriebe sind Innungsmeister. Sie wollen als Handwerker gelten, wobei es ihnen natürlich darum zu tun ist, daß sie ihre Arbeitnehmer nach dem für diese ungünstigeren Tarif der Ladenfleischer entlohnen können. Das hat seit dem Bestehen der beiden Tarife schon öfter Anlaß zu Streitigkeiten zwischen der Innung und dem Zentralverband der Fleischer gegeben. Am Verkauf dieser Streitigkeiten ist das Reichsarbeitsministerium angerufen worden und hat entschieden, daß sich der Tarif der Fleisch- und Wurstwarenfabriken nicht auf die handwerksmäßigen Betriebe erstreckt, die ihre Ware ausschließlich oder überwiegend im eigenen Laden absetzen, soweit sie nicht mehr als zehn Gesellen beschäftigen.

Hiernach gelten also alle Betriebe mit mehr als zehn Gesellen ohne weiteres, aber auch die mit weniger als zehn Gesellen, wenn sie ihre Ware ausschließlich oder überwiegend nicht im eigenen Laden absetzen.

Trotz dieser klaren Entscheidung hören die Streitigkeiten darüber, welcher Tarif im Einzelfalle anzuwenden ist, nicht auf. Klagen vor dem Arbeitsgericht sind die Folge davon. Einen Fall dieser Art hat der Zentralverband der Fleischer jetzt durchgefochten.

Es handelt sich um den Betrieb des Fleischermeisters Sonnabend in Hohen Schönhausen, der nach der Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums zweifelslos zu den Fabrikbetrieben zu rechnen ist, seine Gesellen aber nach dem Tarif der Ladenfleischer entlohnt.

Das Arbeitsgericht hat in diesem Falle eine sehr gründliche Untersuchung veranlaßt. Es hat eine Auskunft vom Reichsarbeitsministerium angefordert, welches die vorstehenden Angaben bestätigt. Dann wurde auch noch ein Gutachten der handwerkstümlich bezeugten, das den Betrieb des Beklagten als handwerkstümlich bezeichnet. Ferner wurden zwei Beisitzer der Kammer, bei der die Klage schwebt, mit der Befähigung des Betriebes beauftragt, und nachdem von Mitte August bis Ende November eine Reihe von Terminen stattgefunden hatten, hörte das Arbeitsgericht im letzten Termin noch zwei Sachverständige: den Obermeister Mandel von der Fleischerinnung sowie den Vorsitzenden Trog von der Innung der Berliner Fleischwarenfabriken. — Durch die umfangreiche Beweiserhebung wurde festgestellt, daß der Beklagte ein eigenes Schlachthaus und einen Arbeiteraum mit Maschinen besitzt, daß er neun Gesellen beschäftigt, daß mehrere Reisende für den Absatz der Ware tätig sind, daß ein Expedient zur Erledigung der Aufträge angestellt ist, daß ein Transportauto sowie zwei Fuhrwerke die Waren zu den Kunden befördern und daß der Beklagte nach seiner eigenen Angabe nur ein Drittel seiner Ware im eigenen Laden absetzt.

Auf Grund dieser Tatsachen gab Herr Trog sein Gutachten dahin ab, daß der Betrieb des Beklagten ohne Zweifel ein Fabrikbetrieb sei. Der Sachverständige bemerkte noch, er werde den Beklagten wegen unläuterer Wettbewerb bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, denn nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sei es unläuterer Wettbewerb, wenn der Inhaber eines handwerklichen Betriebes nicht den für Fabriken, sondern den für die Handwerksbetriebe geltenden Tariflohn zahle.

Obermeister Mandel wollte dagegen trotz der festgestellten Tatsachen den Betrieb als handwerkstümlich angesehen wissen. Nachdem ihm das Gutachten des Vorsitzenden des Fabrikantenvereins vorgelesen war, urteilte der Obermeister jedoch, er könne, ohne den Betrieb selbst gesehen zu haben, nicht mit Bestimmtheit sagen, ob es sich um eine Fabrik oder um einen Handwerksbetrieb handle.

Die Kammer unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Krause entschied im Sinne des Antrages des Zentralverbandes der Fleischer: Der Betrieb des Beklagten ist ein Fabrikbetrieb, für den der Lohnsatz der Fleisch- und Wurstwarenfabriken gilt.

Der Vorsitzende ersuchte den Obermeister und den Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes, Vereinbarungen zu treffen, die Streitigkeiten über die Anwendung des einen oder des anderen Tarifs auszuschließen.

Können wir, daß das geschieht und daß die Innungsmeister, die sich um Fabrikanten entwickelt haben, auch hinsichtlich der Lohnzahlung die Konsequenzen aus ihrem Aufstieg ziehen.

Einführung des Achtstundentages ab 1. Januar 1928. Nachdem sich bereits vor zwei Wochen der Betriebsrätekonferenz der Belegschaften der ober-schlesischen Eisenhütten für die sofortige Einführung des Achtstundentages eingesetzt hatte, hielt am Montag die ober-schlesische Gewerkschaft mit dem neu ernannten Demobilisierungskommissar eine Sitzung ab. Dieser billigte die Forderung der Gewerkschaften und erörterte die Möglichkeit einer stufenweisen Einführung des Achtstundentages. Der Demobilisierungskommissar begab sich heute nach Warschau, um wegen der Durchführung der Wünsche der Belegschaften Verhandlungen aufzunehmen.

Schiedspruch im badischen Textilkonflikt.

5 Pfennig Lohnerhöhung.

Karlsruhe, 7. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Konflikt in der badischen Textilindustrie fanden am Dienstag vor dem badischen Landesschiedsrichter Verhandlungen statt, die den ganzen Tag dauerten. In später Abendstunde wurde ein Schiedspruch gefällt. Die Spitzenlöhne der über 25 Jahre alten männlichen Arbeiter wurden von 55 auf 60 Pf. erhöht. Die Akkorddurchschnittslöhne werden gestaffelt der Lohnerhöhung angepaßt. Das Abkommen ist ab 1. September 1928 fündbar.

Der Saareisenbahnarbeiterstreik.

Noch keine Verhandlungen.

Saarbrücken, 7. Dezember.

In einer Entschließung zum Eisenbahnarbeiterstreik im Saargebiet stellt der Kreistag Ottweiler fest, daß die Eisenbahnarbeiter durch bestehende Not zum Zustand gezwungen worden seien. Die Regierungskommission wird aufgefordert, durch schleuniges und verständnisvolles Eingehen auf die berechtigten Forderungen der Streikenden ein Werk der Gerechtigkeit zu vollbringen und das Saargebiet, das sich schon zur Genüge in einem Zustand wirtschaftlicher Krise befindet, vor dauernden Schädigungen zu bewahren. Der Landestag hat sich bekanntlich für die Bewilligung der Forderungen der Eisenbahnarbeiter ausgesprochen, ebenso hat der ADGB den streikenden Eisenbahnern seine vollste Sympathie ausgedrückt.

Die Streiklage bei den Saareisenbahnen hat auch heute noch keine Veränderung erfahren. Es haben bis zur Stunde keinerlei Besprechungen zwischen den Parteien stattgefunden.

Provinzausschüttung des ADGB.

Am 4. Dezember trat der Provinzausschuß Berlin-Brandenburg des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes zu einer Jahresversammlung im großen Sitzungssaal des ADGB, Berlin, zusammen. Neben dem Geschäftsbericht, der die Arbeiten des Provinzausschusses für das Jahr 1927 umfaßt, war der wichtigste Punkt der Tagesordnung das Referat des Genossen Kohler vom ADGB-Vorstand über „Die Aussichten der freigewerkschaftlichen Beamtenschaftsbewegung“. Er entwickelte in seinen Darlegungen den Werdegang des ADGB und zeigte vor allem an den augenblicklichen Vorgängen in der Beamtenschaftspolitik und an der Behandlung der Beamtenschaftstragen im Reichstag, wie dringend notwendig die freigewerkschaftliche Beamtenschaftspolitik für die gesamte Beamtenschaft sei, und daß die Entwicklung, selbst wenn wir es nicht wollten, in die Richtung der Ziele des ADGB treibe. Dieser sei aber gar nicht gewillt, mit den Händen im Schoß den sich zeigenden organisationspolitischen Spannungen zuzusehen, sondern wolle die starken Beamtenschaftskräfte, die in ein freieres, gewerkschaftliches Fahrwasser kommen wollen, jederzeit fördern, um ihnen den Weg zu ebnen und die Zusammenarbeit mit dem ADGB möglichst bald zu erreichen. Doch für diese Ziele jeder einzelne Vertrauensmann in den Ortsgruppen im Lande mitzuarbeiten habe, sei eine praktische Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit. Sogar wies er der Hand von Tariflagen und Zahlenmaterial nach, wie die Beamtenschaft zurzeit liegen und gab damit für alle anwesenden Funktionäre außerordentlich wichtige Anregungen.

In den Vorstand des Provinzausschusses wurden gewählt: Riedergesäß aus Frankfurt als Vorsitzender, Marg aus Kottbus und Winkler aus Guben als Beisitzer und Ruge aus Berlin als Kassenwart und Geschäftsführer des Ausschusses. Gleichzeitig wurde der Vorstand beauftragt, die Sitzungen neu auszuarbeiten nach dem Musterbeispiel der vom ADGB herausgegebenen Richtlinien. Die festzusetzende Beitragshöhe wurde einstimmig genehmigt und ebenso die Zusammenarbeit des Provinzausschusses mit dem Ortsausschuß Berlin im Sinne der in Aussicht genommenen Grundlinien gutgeheißen.

Um die Ratifizierung der Arbeitskonventionen.

Paris, 7. Dezember.

In der Arbeitskommission der Kammer nahm gestern der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, zu den internationalen Arbeitskonventionen Stellung. Thomas erinnerte daran, daß sieben dieser Konventionen dem französischen Parlament zur Zustimmung unterbreitet worden seien, nur einige von ihnen hätten aber bisher den Gegenstand eines Gesetzeswurfes gebildet. Thomas ersuchte die Kommission, die Ratifizierung durch das Parlament zu beschleunigen. Hinsichtlich der Konvention über den Achtstundentag wies Thomas darauf hin, daß Deutschland diese Konvention demnächst unterzeichnen werde, während für die Ratifizierung durch England noch einige Schwierigkeiten beständen.

Vor einem Bergarbeiterstreik in Jugoslawien.

Belgrad, 7. Dezember.

Wie die „Pravda“ aus Laibach meldet, steht der Streik von 15.000 Kohlenarbeitern in Jugoslawien bevor. Die Grubenbesitzer lehnen die Lohnforderungen der Bergarbeiter unter der Begründung ab, daß ihre Lieferungen an den Staat unter dem Minimalpreis bezahlt werden, was eine Rolle im jugoslawischen Bergbau herbeigeführt hat.

Einigung bei der Mansfeld-L.G.

Halle, 6. Dezember.

Bei den Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Lohnstreiks bei der Mansfeld L.G. wurde folgendes Ergebnis erzielt: Der tarifliche Schichtlohn wird pro Schicht um 25 Pf. erhöht. Der Schiedspruch gilt bis 20. Februar 1928. Die Lohnsätze können erst-malig zum 29. Februar 1928 gefordert werden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 14. Dezember 1927. Außerdem treten die Parteien in kurzer Zeit zusammen, um eine Umstellung der Lohnsätze herbeizuführen.

Konferenz der freigewerkschaftlichen Schulbeiräte.

Am Freitag, dem 9. Dezember, 10^{1/2} Uhr, findet im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25, eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Schulbeiräte an den Berufsschulen statt. Tagesordnung: 1. Begrüßung. 2. Vortrag: „Die Entwicklung des gewerkschaftlichen Schulwesens in Berlin“. Referent: Raghstrass-Schulrat Schulze. Dem gewerkschaftlichen Streben, fördernd am Ausbau des Berufsschulwesens mitzuwirken, sind durch die Wahl der Schulbeiräte stärkere Möglichkeiten gegeben. Es gilt, diese zu nutzen. Die wichtige Tagesordnung erfordert bestimmtes Erscheinen der in Frage kommenden Kollegen. Verbands-Mitgliedsbuch und Einladungsschreiben legitimieren.

AGG-Transformatorfabrik. Am Freitag, dem 9. 12., nachm. 4 Uhr. Arbeit bei Jünger, Oberhainweide, Wilhelmstraße 34, eine Besprechung aller AGG-Gesellen statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Gesellen Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Geschäftsverstand.

Deutscher Bergarbeiterverband. Achtung Bergarbeiter! Aus Anlaß der Einziehung unseres Kollegen Silberstein bleibt das Bureau am 6. Dezember ab 12 Uhr geschlossen. Der Vorstand.

Die Verschlechterung des Arbeitsmarkts.

Noch keine Verschlechterung der Konjunktur.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Reich steigt weiter an. Das Tempo der Zunahme ist bezüglich sehr verschieden. Die Vermehrung erstreckt sich nach den Berichten der Landesarbeitsämter insbesondere auf die ländlichen Bezirke. Da die Außenarbeiten aber infolge des milderen Wetters zum Teil wieder aufgenommen worden sind, so hat der Andrang der Arbeitsuchenden in diesen Bezirken sogar in einigen Bezirken nachgelassen. Diese Tatsache beweist, daß die letzten beobachteten starke Zunahme der Zahl der Arbeitslosen nicht in einer Konjunkturverschlechterung begründet lag, sondern daß sie fast ausschließlich als Folge des plötzlich eingetretenen Frostwinters anzusehen war. Dafür spricht auch die Tatsache, daß in den jahreszeitlich nicht beeinflussten Berufen die Lage einigermaßen fest geblieben war und auch in der Berichtswoche nur in wenigen Berufen anscheinend nachzulassen beginnt.

Das Hochfenwerk Lübeck zahlt 10 Proz. Dividende. Wie der Abschluß der Hochfenwerk Lübeck L.G. zeigt, beschränken sich die Wirkungen der Eisenkonjunktur keineswegs auf die Hochburgen der schweren Industrie in Rheinland-Westfalen, sondern äußern sich auch bei den fruchtbar günstig gelegenen Werken an der See. So weist das Hochfenwerk Lübeck, das neben der Verhüttung von Erzen, große Zementwerke und Herstellung von Redenprotektoren betreibt, einen Betriebsergebnis von 4,5 Millionen Mark aus, der 40 Proz. höher als im Vorjahr ist. Obwohl die Abschreibungen von 1,4 auf 1,34 Millionen Mark erhöht wurden, verbleibt nach Abzug sämtlicher Unkosten ein Reingewinn von fast 1,4 Millionen, von dem auf das Aktienkapital von 12,9 Millionen eine Dividende von 10 Proz., in doppelter Höhe des Vorjahres, gezahlt wird. Die Forderungen erhöhen sich von 3,2 auf 3,9 Millionen Mark, während ein hohes Bankguthaben von 1,7 Millionen Mark neu ausgewiesen wird. Demgegenüber stiegen die Schulden nur unwesentlich von 2,6 auf 3,4 Millionen Mark. Obwohl der Rohisenabsatz um fast 30 Proz. auf 226.000 Tonnen stieg, waren die Werke nicht voll ausgelastet. In diesem Zusammenhang sind die Fusionsabsichten zwischen dem Hochfenwerk Lübeck und der Norddeutschen Hütte L.G. in Bremen von Bedeutung, hinter denen der Großaktionär der Lübecker Gesellschaft, die Rawack u. Grünfeld L.G. steht. Diese Gesellschaft, die durch ihre Verträge mit dem Südrussischen Ronganyer-Trust bekannt ist, hat erst kürzlich rund 30 Proz. des 9 Millionen Mark betragenden Aktienkapitals der Norddeutschen Hütte erworben. Durch einen Zusammenschluß dieser beiden führenden norddeutschen Hüttenwerke soll eine Erhöhung der Rohisenquote erzielt werden, die eine Ausnutzung der Leistungsfähigkeit beider Werke sicherstellt.

Die deutschen Sparkasseneinlagen. Ende Oktober 1927 belief sich der Bestand der deutschen Sparkassen bei den gesamten deutschen Sparkassen auf 4444,4 Millionen Mark gegen 4340,3 Millionen Mark Ende September. Er weist mithin eine Zunahme um 104,1 Millionen Mark auf. Die Giro-, Scheck- und Kontokorrent-Einlagen stellten sich am 31. Oktober auf 1141,1 Millionen gegen 1130,5 Millionen Mark am 30. September.

Die neue große Fleischwarenfabrik der GEG. in Oldenburg hat am 28. November bereits ihre Fabrikation für die deutschen Konsumvereine aufgenommen. Die ehemalige Bocks-L.G., jetzt heißt sie „GEG.-Fleischwarenfabrik in Oldenburg“, wurde von unseren Konsumvereinen vor dem Konkurs gerettet. Selbstverständlich ist der freie Markt der neuen GEG.-Fabrik verschlossen und ihr Absatzgebiet werden allein die Konsumvereine selbst sein. Die organisierten Verbraucher Deutschlands werden dem Privatkapital aber zeigen, wie die modernste deutsche Fleischwarenfabrik, die das Privatkapital nicht halten konnte, von den Konsumvereinen zum Erfolg geführt wird.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geys; Wirtschaft: G. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eiden; Religion: L. G. Böcher; Lokales und Sonstiges: Frig. Kahlert; Anzeigen: Th. Glade; Familien in Berlin: Berlog; Germania-Verlag: G. m. b. H., Berlin; Stadt: Germania-Zustand; und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin, G. m. b. H., Unter den Eichen 3.

Der Konflikt auf den Zechen des Adierkonzerns.

Widerstand der Belegschaften.

Essen, 7. Dezember.

Die Belegschaften der dem Adier-Konzern gehörigen Zechen „Zentrum IV und VI“, „Johann Heimeibergs“ und „Adier“ haben die Vorschläge der Verwaltung des Adier-Konzerns, die Arbeitszeit auf neun Stunden zu verlängern und eine Lohnkürzung stattfinden zu lassen, einstimmig abgelehnt. Die Verwaltung hält an ihrer Absicht fest, die Zechen stillzulegen, wenn die Belegschaften den Beschluß nicht zurücknehmen. Sie erklärt, daß sie bisher 840.000 Mark Zubuße geleistet habe. Es sei nur bei der verlängerten Arbeitszeit und durch die Entlassung von 200 bis 250 Arbeitern möglich, die Zechen ohne Verlust weiterzubetreiben.

Ostoberschlesien und Achtstundentag.

Auch die ostoberschlesischen Hüttenarbeiter fordern ihn.

Kattowitz, 7. Dezember.

Im gleichen Maße wie die deutsche Hüttenarbeiterschaft drängt jetzt auch die Arbeiterchaft der ostoberschlesischen Eisenhütten auf die

Kenner kaufen
Sokolosov
Pralinen
Tea
Kakao
Kaffee

Schokoladen-Bunde
Adalbertstr. 1 am Kottbusser Tor
Prinzenstr. 35, Ecke Dresdener Str.

Beifedern • Daunen
direkt ab Fabrik an Privats.
Grosse Kapfedecken 50 St. 50 Pf. kleine Kapfedecken zum Selbstschneiden 10 St. 1,10 bis 1,75.
Belagungsstoffe 10 St. 1,00 u. 2,00 u. 3,00.

Beifedernfabrik Schwan
Strammstr. 103, Fabrikgebäude part. regis. Leipzig • Schkeuditz

Erfinder
die neue, wirklich gute
Erfindungen zu per-
fektion haben, bitten
wir zunächst nur um
Erlaubnisnahme um
C. 3 an die Haupt-
verwaltung des „Ber-
mer“ Einheits 9

**Qualitäts-•Kasch-
u. Bekleidungs-
egen Nachahmung
ersetzl. etch.
erhalten 48 Jahr.
als Spezialität**

Conrad Müller
Leipzig • Schkeuditz

Elegant wie ein steifer Kragen

Bequem wie ein weicher Kragen

van Heusen
Der
HALBSTEIFE KRAGEN
Deutsches Fabrikat

Billigste Hauswäsche Überall zu haben

DRP

Sie staunen
über die billigen Preise unserer
Armband- u. Taschenuhren

Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen
Herm. Wiese, Berlin N., Artilleriestr. 20
Nähe Oranienburger Tor

Garantie 100% oder bei mir gekaufte Uhr

Besonders billig!
Wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtanlage
des „Vorwärts“ und

HERDE
für KOHLE und GAS
auch bis zu
18
Monats-Raten

Raddatz & Co.
Berlin, Leipzigerstr. 122/123